

## Bundratsinitiative zum Kombi-Lohn

Die unionsregierten Länder Bayern und Thüringen wollen mit einem Kombi-Lohn-Modell die Zahl der Arbeitslosen senken. Der Kombi-Lohn könne mit Hilfe staatlicher Zuschüsse neue Anreize für die Arbeitsaufnahme von geringer bezahlten Stellen schaffen, sagte die bayerische Sozialministerin Christa Stewens (CSU) bei Vorstellung einer entsprechenden Bundratsinitiative in München. Arbeitslose, die eine Stelle mit einem Nettolohn unterhalb des Arbeitslosengeldes aufnähmen, müssten eine Aufstockung des Lohnes bis zur Höhe des Arbeitslosengeldes und einen Zuschlag von bis zu 20 Prozent erhalten. Zugleich schlugen die beiden Länder vor, den Bezug von Arbeitslosengeld von maximal 32 auf 24 Monate zu verkürzen und Arbeitslosengeld und Sozialhilfe schrittweise anzugleichen. Dazu gehöre, dass Arbeitslose künftig jede Arbeit annehmen müssten, sagte Stewens. Pendlern müssten zudem auch längere Wege zur Arbeit zugemutet werden als bislang. Bayern und Thüringen wollten ihre Initiative im September in den Bundesrat einbringen.

Nach: Süddeutsche Zeitung vom 01.08.2001

